

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Ein Kanzler des Krieges](#)
2. [Pepe Escobar: Warten auf die Oreschniks, während das Istanbul Kabuki* „nicht negativ“ verläuft](#)
3. [Deutschlands Begehren nach Langstrecken-Waffen](#)
4. [Russland verhängt Einreiseverbot gegen Japans Außenminister](#)
5. [„Jede humanitäre Organisation muss sich heute die Frage stellen: Ist Hilfe überhaupt noch möglich?“](#)
6. [Mittel gegen die Verwahrlosung der Wahrheit: Buch über Wurzeln des Ukraine-Krieges](#)
7. ["Gas als Waffe"](#)
8. [EU-Kommission setzte verdeckt Umweltverbände gegen deutsche Firmen ein - Lobbycontrol: NGOs können frei arbeiten](#)
9. [Keine deutschen Sonderwege: Gericht hebt deutsche Umweltschutzaufgaben auf](#)
10. [SPD und BSW sparen sich die Umwelt](#)
11. [Selbst auf abgelegenen Inseln: Wie Plastik Sturmtaucher tötet](#)
12. [Geplante Reform des Sozialsystems: Linnemann will bei Bürgergeld-Umbau „an die Substanz gehen“](#)
13. [Milliardenschaden durch Corona-Masken? Neue Vorwürfe gegen Spahn](#)
14. [Pflegeversicherung: DAK-Gesundheit kritisiert Zweckentfremdung von Beitragsgeldern](#)
15. [«Big-Pharma-Monopoly hat die Grundversorgung aufgegeben»](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Ein Kanzler des Krieges**

Das verantwortungslose Zündeln des Friedrich Merz birgt die Gefahr, einen Weltenbrand auszulösen.

Mit „Wandel durch Androhung“ könnte man die Russlandpolitik von Friedrich Merz betiteln. Vom Verantwortungsbewusstsein, welches mancher Vorgänger noch besaß, fehlt jede Spur. Stattdessen spielt der deutsche Bundeskanzler direkt neben dem diplomatischen Gasleck mit dem Feuer — ohne Rücksicht auf potenziell apokalyptische Verluste. In einem emotionalen und offenen Brief wendet sich der Autor und Familienvater an den schon jetzt kriegereischsten Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik.

Quelle: [Uwe Froschauer in Manova](#)

dazu auch: **Eine Million Schutzräume in Deutschland geplant**

Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Tiesler, hat einen raschen Ausbau von Schutzräumen in Deutschland angekündigt. Lange sei in Deutschland der Glaube weit verbreitet gewesen, dass Krieg kein Szenario sei, auf das man sich vorbereiten müsse, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“. Doch dies habe sich geändert. Tiesler plädierte dafür, Tunnel, U-Bahnhöfe, Tiefgaragen und Keller öffentlicher Gebäude zu Schutzräumen zu machen. Auf diese Weise könnten schnell eine Million Schutzplätze entstehen. Im Sommer solle ein Konzept vorgestellt werden, erklärte der Chef des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

und: **Auf der Ostsee wird das Töten geübt**

Chefredakteur Philippe Debionne findet die Begeisterung über das Nato-Manöver auf der Ostsee erschreckend. Wissen die Menschen eigentlich noch, was Krieg wirklich bedeutet?

Auf der Ostsee üben sie den Krieg. 50 Schiffe und Boote, mehr als 25 Luftfahrzeuge und rund 9000 Soldaten aus 17 Ländern. Sie wurden gebaut oder wurden trainiert, um andere Menschen zu töten. Mit Bomben, Raketen, Minen, Schusswaffen, Messer oder auch den bloßen Händen. Und nein, das ist keine billige oder populistische Rhetorik oder gar weltfremdes Friedensgeschwurbel, das ist ganz einfach die Wahrheit. Wissen Sie, ich gehöre nicht zu den Menschen, die sich in eine Einhorn-Welt zurückziehen. Und sich selbst damit belügen, dass es auf der Welt friedlich zugehen würde, wenn es einfach keine Waffen und keine Armeen geben würde.

Quelle: [Nordkurier](#)

2. **Pepe Escobar: Warten auf die Oreschniks, während das Istanbul Kabuki***

„nicht negativ“ verläuft

Der Drohnenangriff auf die strategische Bomberflotte Russlands, der glücklicherweise nur zu geringen Verlusten geführt hat, ist ein klarer Terrorangriff. Haarspalterische Analysten sagen, weil Militäranlagen getroffen wurden und Russland sich mit der Ukraine praktisch „im Krieg“ befinde, sei dies nach der international anerkannten Definition kein „Terrorangriff“. Haarspalterischer Unsinn: Dieser Angriff galt nicht einer Kriegspartei seitens einer anderen Kriegspartei (weil er fast keinen Einfluss auf die Kriegshandlungen hat). Dieser Angriff war ein Angriff auf die weltweite Sicherheit, weil der seit dem Kalten Krieg bestehende Konsens über das Gleichgewicht des Schreckens zum Nachteil der gesamten Welt zerstört werden sollte. Dieser Angriff soll Angst und Schrecken in der ganzen Welt verbreiten, um die Kriegshysterie weiter anzukurbeln – abgesehen davon, dass Russland dazu provoziert werden sollte, nuklear zu reagieren. Diese Aktionen werden von denjenigen Kräften gesteuert, die sich immer noch wahnsinnigerweise ausrechnen, sie könnten einen Atomkrieg gewinnen – insbesondere, wenn er vorwiegend auf europäischem Boden ausgetragen wird.

Quelle: [Pepe Escobar auf Seniora.org](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu u.a. auch [Ukraine torpediert Friedensverhandlungen](#) und Exklusivinterview [„Ein höchst riskantes Spiel“ – General a. D. Kujat zu den Drohnenangriffen auf strategische Bomber Russlands](#).

dazu auch: Wie der Tiefe Staat in den USA gemeinsam mit der EU den Ukraine-Krieg anheizt

Blutrünstige US-amerikanische Politiker wie Lindsey Graham wollen den Ukraine-Krieg ewig hinauszögern und tun alles, um Verhandlungen zu verhindern. Aus diesem Grund haben der tiefe Staat in den USA und Brüssel abgesehen von Russland einen weiteren gemeinsamen Feind: Donald Trump. (...)

Am 10. Mai drohten europäische Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzler Friedrich Merz, Russland mit „massiven Sanktionen“, falls es nicht sofort einem „bedingungslosen“ Waffenstillstand zustimmt. Russland hat einem Waffenstillstand nicht zugestimmt, und dennoch hat es keine weiteren „massiven Sanktionen“ gegeben. Ein 17. Sanktionspaket wurde zwar am 14. Mai verkündet, aber es war so schwach, dass Ungarn und die Slowakei, die die Gesamtpolitik der EU ablehnen, es durchgehen ließen. Auf jeden Fall hatte das 17. Paket eindeutig nichts mit dem Ultimatum zu tun, da die Vorbereitung solcher Sanktionen viel Zeit in Anspruch nimmt. Stattdessen war Graham in Brüssel, um darüber zu sprechen.

Quelle: [RT DE](#)

3. Deutschlands Begehren nach Langstrecken-Waffen

Wie immer ist das Doppelbödige in öffentlichen Verlautbarungen das Relevante.

Beim Besuch des Präsidenten der Ukraine am 28. Mai 2025 in Berlin hat sein Gastgeber, Bundeskanzler Merz, diese Aussage gemacht:

„Ich will in diesem Zusammenhang etwas Neues hervorheben: Unsere Verteidigungsminister werden heute eine Absichtserklärung über die Beschaffung weitreichender Waffensysteme aus ukrainischer Produktion, sogenannter Long-Range-Fires, unterzeichnen.“ [...]

Die westliche Vorgehensweise sieht vor, schrittweise die Luftraumverteidigung des Gegners auszuschalten und anschließend durch Bombardierungen Bodenoperationen zu ermöglichen. Auf diese Weise soll ein Konflikt, zu dessen militärischen Austrag man sich entschieden hat, erfolgreich beendet werden, bevor er in einen langwierigen Abnutzungskrieg übergeht – der Abnutzungskrieg in der Ukraine ist das Musterbeispiel eines Misslingens dieses Kriegsführungs-Konzepts. Ein Krieg mit Russland soll nach NATO-Vorstellungen so nicht aussehen. Das haben die Long Range Fires zu leisten, das ist die ihnen zugedachte Funktion. Der Vorteil: Bei unterstelltem Gelingen dieses Konzepts braucht man riesige Vorräte an Artillerie-Munition nicht vorzuhalten.

Quelle: [Jochen Luhmann auf Blog der Republik](#)

4. **Russland verhängt Einreiseverbot gegen Japans Außenminister**

Russland hat dem japanischen Außenminister Takeshi Iawaya sowie acht weiteren Personen die Einreise in das Land untersagt. Das russische Außenministerium begründete diese Entscheidung mit den Sanktionen, die Japan aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine verhängt hatte.

Damit verschlechtern sich die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter, da Japan immer wieder bekräftigt, an der Seite der Ukraine zu stehen.(...)

Zu den betroffenen Personen zählen neben Außenminister Iawaya auch Shinsuke Minami, stellvertretender Direktor des Automobilherstellers Isuzu, sowie Shohei Hara, Senior Vice President der Japan International Cooperation Agency (JICA).

Quelle: [Sumikai](#)

5. **„Jede humanitäre Organisation muss sich heute die Frage stellen: Ist Hilfe überhaupt noch möglich?“**

Am 27. Mai gab es – initiiert vom Bundesjustizministerium – in Berlin und Brandenburg Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern und Unterstützern des Vereins Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe. Man suchte Beweismaterial für den Vorwurf der Unterstützung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Diese Regionen wurden vom Generalbundesanwalt rückwirkend als „terroristische Gebiete“ eingestuft. Gegen die Vereins-Gründerin und Vorsitzende Liane Kilinc und den Vereinsunterstützer Klaus Koch – beide leben seit mehreren Jahren in Moskau – wurden Haftbefehle erlassen.

Über die Folgen dieser Maßnahmen sprach Ulrich Heyden am 4. Juni in Moskau mit Liane Kilinc.

Quelle: [Globalbridge](#)

6. **Mittel gegen die Verwahrlosung der Wahrheit: Buch über Wurzeln des Ukraine-Krieges**

Der ostdeutsche Militärhistoriker Lothar Schröter hat 2024 in einem Buch die Vorgeschichte und die Ursachen des Ukraine-Krieges analysiert. Kürzlich hat er das grundsätzlich aktuelle Werk und seine Grundaussagen in Berlin vorgestellt. Tilo Gräser war dabei.

Die Mainstream-Medien verwahrlosen die Wahrheit. Das hat der Militärhistoriker Lothar Schröter mit Blick auf den Ukraine-Krieg, dessen Ursachen und den Umgang der Medien damit festgestellt. Er sagte das am Freitag (30. Mai) in Berlin, als er im „Sprechsaal“ sein Buch „Der Ukraine-Krieg – Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO“ vorstellte. Und fügte hinzu: „Wir werden von vorn bis hinten belogen.“

Der Historiker sprach von einer Gleichschaltung der Medien, die bei dem Thema Krieg in der Ukraine und beim Thema Russland auslassen, verdrehen und lügen würden. Er verwies dabei unter anderem auf das Beispiel der Berichterstattung des Senders RBB über die Feierlichkeiten am 9. Mai in Moskau. Dabei sei fälschlicherweise behauptet worden, der russische Präsident Wladimir Putin habe den Sieg über den Faschismus vor 80 Jahren nur allein Russland zugeschrieben.

Quelle: [Hintergrund](#)

7. **“Gas als Waffe”**

Ein vertraulicher Bericht des Wirtschaftsministeriums warnt vor dem Betrieb von Nord Stream 2. (...)

In Washington hat Lynch bei der amerikanischen Sanktionsbehörde beantragt, über den Kauf von Nord Stream verhandeln zu dürfen. So könnte künftig russisches Gas durch eine amerikanische Pipeline nach Deutschland fließen. Die USA und Russland bekämen eine Schlüsselrolle bei der Energieversorgung Europas.

In Brüssel wiederum will Ursula von der Leyen genau das verhindern.

Quelle: [Zeit Online](#)

Anmerkung Christian Reimann: Wer setzt eigentlich „Erdgas als Waffe“ ein – und gegen wen? Das Opfer sind die Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere energieintensive Unternehmen in Deutschland, die weiterhin sehr hohe Energiepreise zahlen müssen. Anstatt jedoch Schaden abzuwenden, wird immer noch eine Politik gegen die Interessen großer Teile der Bevölkerung betrieben. Wie kann es sein, dass (illegale, weil nicht vom UNO-Sicherheitsrat beschlossene) Sanktionen gegen Nord Stream – so wie sie auch BlackRock-Kanzler Merz möchte – nicht als das bezeichnet

werden, was sie sind: Verrat an den Interessen der eigenen Bevölkerung? Immerhin sind europäische und auch deutsche Unternehmen an dem Nord Stream-Projekt beteiligt. Bitte lesen Sie dazu auch [Bundesregierung will Betrieb von Nord-Stream-Pipelines aktiv verhindern](#) mit Anmerkungen.

dazu: **Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit im Fokus der Energiepolitik**
Doch neue Kosten stehen an anderer Stelle bereits ins Haus. Zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft entstünden unter anderem durch die bis zu 20 Gigawatt an neuen Gaskraftwerkskapazitäten, die die Bundesregierung bis 2030 staatlich gefördert ans Netz bringen will. Zum einen würden dadurch die Preise für Gas und CO₂-Zertifikate steigen, weil Kraftwerke beides in großen Mengen nachfragen. Entsprechende Preiserhöhungen würde vor allem die Industrie spüren, die bei Gas und Zertifikaten in direkter Konkurrenz zu Kraftwerken steht. Hinzu kommt, dass die staatliche Förderung, die wahrscheinlich sowohl den Bau als auch den Betrieb umfassen soll, von den Stromverbrauchern per Umlage getragen werden müsste – dies sieht das europäische Beihilferecht so vor. Auch davon wäre die Industrie mit ihrem zumeist nicht kurzfristig flexiblen Stromverbrauch in besonderem Maße betroffen
Quelle: [DIHK](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Dieser Lobbyverband fürchtet offensichtlich die CO₂-Preise, stellt aber weder die gescheiterte Energiepolitik noch die antirussische Politik ernsthaft infrage.*

dazu auch: **Windflaute: Mehr Strom aus Kohle und Erdgas**
Erstmals seit zwei Jahren ist in Deutschland wieder mehr Strom aus Kohle und Erdgas erzeugt worden als durch Erneuerbare. Die Stromgewinnung durch Windkraft fiel um 29,2 Prozent.
Quelle: [ZDF](#)

8. **EU-Kommission setzte verdeckt Umweltverbände gegen deutsche Firmen ein - Lobbycontrol: NGOs können frei arbeiten**

Ziel sei es, die Öffentlichkeit von der Klimapolitik der EU zu überzeugen. Dafür flossen dem Bericht zufolge Steuergelder in Millionenhöhe. Dem Verein Lobbycontrol zufolge ist es gängige Praxis, dass Nichtregierungsorganisationen für ihre Arbeit Gelder von der Brüsseler Kommission erhalten. Die NGOs seien aber unabhängig, sagte die Expertin für Lobbyismus in der EU, Katzemich, im Deutschlandfunk. Laut Katzemich hatte der Haushalts-Kontrollausschuss des EU-Parlaments im Herbst die entsprechenden Verträge geprüft. Bereits damals sei der Vorwurf erhoben worden, die Gelder der Kommission würden gezielt für Kampagnen genutzt.

Quelle 1: [Deutschlandfunk](#)

Quelle 2: [Welt Online \(Bezahlschranke\)](#)

9. **Keine deutschen Sonderwege: Gericht hebt deutsche Umweltschutzaufgaben auf**

Deutsche Bestimmungen zum Umweltschutz sind rechtswidrig, entschied das Verwaltungsgericht in Braunschweig. Sie verstießen gegen die Gleichbehandlung in der EU. Deshalb gälten für den Einsatz von Glyphosat die Regeln der EU. Das kann wohl demnächst auch für andere deutsche Gesetze Gültigkeit haben.

Quelle: [RT DE](#)

10. **SPD und BSW sparen sich die Umwelt**

Ein Gesetzentwurf der Landesregierung schränkt das Klagerecht von Naturschutzverbänden massiv ein. Nabu und Grüne üben scharfe Kritik. (...) Tatsächlich plant die Landesregierung unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus einen weitreichenden Angriff auf bisherige Umweltstandards. Dazu gehört auch eine Novellierung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes. Im Entwurf von SPD-Umweltministerin Hanka Mittelstädt heißt es in Paragraph 37: „Die Klagebefugnis einer vom Land anerkannten Naturschutzvereinigung (...) besteht nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes“. Heißt im Klartext: Die in Brandenburg bisher geltenden zusätzlichen Klagebefugnisse werden ersatzlos gestrichen. Klagen können Nabu, BUND oder andere anerkannten Naturschutzverbände nur noch nach den weitaus restriktiveren bundesgesetzlichen Bestimmungen.

Quelle: [taz](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Angesichts des beklagenswerten Zustands der verbliebenen Natur in Deutschland ist die Kritik mehr als berechtigt und der angebliche Bürokratieabbau wieder einmal ein Deckmäntelchen für den Vorrang von Wirtschaftsinteressen. Nabu und BUND haben Recht, nur die Grünen erklimmen mal wieder den Gipfel der Heuchelei. Denn der Vorrang des Bundesrechts bedeutet den Vorrang einer von den Grünen, namentlich Robert Habeck, kastrierten Bundesgesetzgebung. So hat Habeck u. a. im Rahme des „LNG-Beschleunigungsgesetzes“ vorhergehende [Umweltverträglichkeitsprüfungen abgeschafft und Klagerechte der Umweltverbände eingeschränkt](#). Die Grünen Brandenburg beklagen also eine Regelung, die die Grünen im Bund zu verantworten haben.

11. **Selbst auf abgelegenen Inseln: Wie Plastik Sturmtaucher tötet**

Sturmvögel auf einer australischen Insel verhungern mit vollem Magen. Sie fressen so

viel Plastik, dass sie knirschen.

Quelle: [Infosperber](#)

Anmerkung unserer Leserin A.F.: Und dann lassen noch immer Leute gerne massenweise Luftballons bei allen möglichen Gelegenheiten aufsteigen, die dann, wenn sie irgendwo im Meer oder an Land landen, auch oft mit Futter verwechselt werden.

12. Geplante Reform des Sozialsystems: Linnemann will bei Bürgergeld-Umbau „an die Substanz gehen“

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann dringt auf tiefgreifende Veränderungen beim vereinbarten Umbau des Bürgergelds in der schwarz-roten Koalition. „Wir müssen wirklich an die Substanz des Systems gehen“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. „Wir können nicht wie in den vergangenen Jahren einfach nur irgendwelche neuen Sanktionen ankündigen, die dann in den Jobcentern vor Ort nicht umgesetzt werden können.“ ...

Der CDU-Politiker betonte: „Wir müssen uns auf einen ganz wichtigen Punkt einigen: Wenn jemand nachweislich wiederholt einen zumutbaren Job nicht annimmt, obwohl er offenkundig arbeiten kann, dann muss der Staat davon ausgehen, dass derjenige nicht bedürftig ist. Und dann bekommt er auch kein Bürgergeld mehr. Wir brauchen hier einen Paradigmenwechsel.“

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Anmerkung André Tautenhahn: Weniger als 1 Prozent der Bürgergeldempfänger gelten als sogenannte „[Totalverweigerer](#)“. Würde, nein, dürfte man deren Leistungen komplett streichen, ließen sich vielleicht 93 Millionen Euro einsparen. Der Schaden, den Jens Spahn als Gesundheitsminister mit Maskendeals (siehe nächster Hinweis) angerichtet hat, beläuft sich derzeit auf rund 2,3 Milliarden Euro. Das sogenannte Maut-Debakel unter dem ehemaligen Verkehrsminister Andreas Scheuer hat den deutschen Steuerzahler bislang rund 243 Millionen Euro gekostet. Wieso muss man eigentlich beim Bürgergeld an die „Substanz“ gehen, wenn Unionspolitiker ein Vielfaches an Steuergeldern illegal zum Fenster hinauswerfen können, ohne dass ihnen persönliche Konsequenzen drohen. Stattdessen gibt es neue Posten, höherer Diäten oder üppige Übergangsgelder beim Ausscheiden aus dem Bundestag. Mit den 2,3 Milliarden Euro, die durch die Maskendeals verloren gingen, hätte man die 13.800 Totalverweigerer theoretisch für etwa 24,7 Jahre mit dem durchschnittlichen Bürgergeldsatz von 563 Euro pro Monat versorgen können.

13. Milliarden Schaden durch Corona-Masken? Neue Vorwürfe gegen Spahn

Wieder bringt ein Gutachten den früheren Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Bedrängnis: Nach Informationen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung (SZ) soll der CDU-Politiker während der Corona-Pandemie eigenmächtig ein Logistikunternehmen aus seiner Heimat Nordrhein-Westfalen mit der zentralen Beschaffung von überkauften Mund-Nasen-Masken für ganz Deutschland beauftragt haben. Dabei soll dem Bund ein Milliarden Schaden entstanden sein. Spahns Wahlkreis ist in direkter Nachbarschaft des Firmensitzes. (...)

Der 170 Seiten umfassende Bericht der vom früheren Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eingesetzten Sonderbeauftragten Margaretha Sudhoff liegt den drei Medien demnach in Auszügen vor.

Quelle: [BR24](#)

Anmerkung Christian Reimann: Obwohl die Vorwürfe gegen Herrn Spahn teilweise sehr heftig sind, ist er erst kürzlich zum Fraktionsvorsitzenden der Unionsfraktion gewählt worden. Aber Skandale haben der Karriere von Unionspolitikern selten ernsthaft geschadet. Und wohl auch deshalb muss weiterhin ertragen werden, dass der ehemalige Pharmalobbyist im Bundesministerium für Gesundheit öffentlichkeitswirksam – z.B. in Gesprächsrunden des deutschen Fernsehens – in Erscheinung tritt.

dazu: **Spahn hinter Gitter**

Neben der Impferei gab es noch ein weiteres ungesundes Geschäftsfeld: Die sogenannten Schutzmasken. Das Bundesgesundheitsministerium unter Spahn beschaffte zu Beginn der Corona-„Pandemie“ 5,7 Milliarden Schutzmasken im Wert von 5,9 Milliarden Euro. Mehr als zwei Drittel der Masken wurden nie verwendet.

Quelle: [Rationalgalerie](#)

14. **Pflegeversicherung: DAK-Gesundheit kritisiert Zweckentfremdung von Beitragsgeldern**

Die DAK-Gesundheit kritisiert eine Zweckentfremdung von Beitragsgeldern in der sozialen Pflegeversicherung durch die Bundesregierung. Ein aktuelles Rechtsgutachten im Auftrag der Kasse untersucht den Entzug von Milliardenbeiträgen, die während der Corona-Pandemie u.a. für Tests und Boni für Beschäftigte in der Pflege aus den Pflegekassen gezahlt wurden. DAK-Vorstandschef Andreas Storm fordert vom Bund die kurzfristige Rückzahlung von 5,9 Milliarden Euro. Erfolge die Rückzahlung nicht, sei dies laut Gutachten eindeutig verfassungswidrig und habe fatale Folgen. Mit der geforderten Finanzspritze könne der für 2025 drohende massive Beitragsanstieg in der Pflegeversicherung verhindert werden. Außerdem entstehe so der erforderliche Spielraum zur Vorbereitung der vom

Bundesgesundheitsminister geplanten großen Pflegereform.

Quelle: [DAK](#)

15. **«Big-Pharma-Monopoly hat die Grundversorgung aufgegeben»**

Lieferengpässe bei Medikamenten: Westliche Regierungen haben geschlafen. Die Zeche zahlen Patienten, Ärzte und Steuerzahler.

Wenige Tage, nachdem der Hurrikan «Helene» letzten September den Südwesten der USA heimgesucht hatte, gab die Pharmafirma Baxter bekannt, dass sie wegen Regen und Flut eine ihrer Produktionsstätten in North Carolina schliessen müsse. In normalen Zeiten werden dort täglich 1,5 Millionen Beutel mit Infusionslösungen hergestellt – 60 Prozent des US-Bedarfs.

Quelle: [Infosperber](#)